



Antrag

der Fraktion der FDP

Bundratsinitiative zur kostendeckenden Steuerfinanzierung der Krankenversicherungsbeiträge für Bürgergeldbeziehende

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Absicherung von Bürgergeldbeziehenden beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeldbeziehenden im Krankheitsfall eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Gleichwohl werden die hiermit verbundenen Ausgaben bislang nicht kostendeckend aus Steuermitteln getragen. Die derzeitige Finanzierung der Beiträge für Bürgergeldbeziehende in der gesetzlichen Krankenversicherung führt zu einer strukturellen Unterdeckung. Nach dem Ersten Bericht der Finanzkommission Gesundheit beträgt die monatliche Beitragspauschale des Bundes im Jahr 2026 rund 144 Euro pro Kopf, obwohl diese Pauschale die tatsächlichen Gesundheitsausgaben dieser Versichertengruppe bei weitem nicht abdeckt. Die Unterdeckung und damit zugleich das Entlastungspotenzial für die gesetzliche Krankenversicherung werden inzwischen auf rund 12 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Die aktuelle Finanzierungssystematik belastet die beitragsfinanzierte Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung einseitig und verschärft deren finanzielle Lage. Die Finanzkommission Gesundheit empfiehlt deshalb, Bürgergeldbeziehende beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeldbeziehende weiterhin als Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung zu belassen, die vom Bund zu tragenden Beiträge aber künftig kostendeckend auszugestalten. Zugleich betont die Kommission, dass diese Lösung die Systemarchitektur der gesetzlichen Krankenversicherung unberührt lässt und kurzfristig umsetzbar wäre.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf, eine Bundratsinitiative einzubringen, mit der die Beiträge für Bürgergeldbeziehende beziehungsweise künftig Grundsicherungsgeldbeziehende in der gesetzlichen Krankenversicherung kostendeckend aus Steuermitteln finanziert werden, um einen

effektiven und fairen Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu erzielen.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion